

Gesetzgebung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der schweizerische Republikaner**

Band (Jahr): **2 (1798-1799)**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri

Mitgliedern der gesetzgebenden Ráthe der helvetischen Republik.

Band II.

N^o. LXXV.

Luzern, den 16. Hornung 1799.

Gesetzgebung.

Grosser Rath, 21. Januar.

(Fortsetzung.)

§ 15. Jede Gemeinde soll eine Tabelle aufnehmen, sowohl über den Werth der Gemeindgüter als über den wirklichen jährlichen Ertrag derselben, wie er während der letzten 10 Jahre unter die Bürger ausgetheilt worden. In den Gemeinden, welche ihre Armen selbst erhalten, soll ein gleiches Verzeichniß über die Armengüter aufgenommen werden.

§ 16. Die Gemeinden werden den allgemeinen Einkaufspreis selbst bestimmen, gegen welchen sie das Miteigenthum an ihren Gemeindgütern gestatten müssen.

§ 17. Jede Gemeinde ist gehalten, ohne Aufschub die gemeldete Tabelle sowohl, als die durch sie gemachte Schätzung des Einkaufspreises, der Verwaltungskammer ihres Kantons einzusenden, welche, nachdem sie die nöthigen Nachforschungen genommen, diesen Preis für jede Gemeinde dieses Kantons vermindern wird, wenn sie findet, daß solcher zu hoch angeschlagen ist.

§ 18. Endlich soll auf gleiche Weise jede Verwaltungskammer alle diese Tabellen mit den Einkaufspreisen und deren Abänderungen, von jeder Gemeinde dem Vollziehungsdirektorium zur eulichen Bestätigung oder Zurückweisung überliefern.

§ 19. Es soll keine Gemeinde in Helvetien berechtigt seyn, ihr Kirchen-, Schul- oder Armengut zu vertheilen.

§ 20. Es soll keine Gemeinde in Helvetien berechtigt seyn, ihr Gemeindgut weder im ganzen noch theilweise zu vertheilen, sie habe denn die bestimmte Erlaubniß dazu durch ein Dekret der gesetzgebenden Ráthe erhalten.

Die Majorität will diesem Artikel beifügen:
„Das Gesetz wird bestimmen, mit welcher Form eine solche Einwilligung von den gesetzgebenden Ráthen erlangt werden kann.“

Die Minorität hingegen, schlägt folgende drei Artikel vor.

§ 21. Eine Gemeinde, die ihr Gemeindgut vertheilen will, soll gehalten seyn, eine treue und genaue

Tabelle desselben, der Verwaltungskammer ihres Kantons einzusenden, auf welcher die bisherige Anwendung dieses Gemeindguts bestimmt und deutlich angegeben ist.

§ 22. Die Verwaltungskammern werden solche Tabellen auf das genaueste prüfen, und alle daherigen Erkundigungen einziehen, und selbige sodann mit ihrem Nichtigbefinden oder ihren Anmerkungen begleitet, dem Vollziehungsdirektorium einsenden.

§ 23. Das Vollziehungsdirektorium ist eingeladen, solche Tabellen dann nebst dem Theilungsbegehren der betreffenden Gemeinden und den allfälligen Beilagen, den gesetzgebenden Ráthen zur Bewilligung vorzulegen.

§ 1. Desloes unterstützt den § als ganz gerecht und zweckmässig. Broye will setzen, die Bürger, welche das Recht haben, statt hatten. Custor fürchtet, dieser § 1. stosse den § 2. und will daher setzen die Worte beifügen, wofern rechtsgültige Gründe für diesen Besitz vorhanden sind. Anderwerth fordert, daß nur diejenigen §§ behandelt werden, welche die Commission als ganz neu vorschlägt. Amman fordert über Anderwerths Antrag Tagesordnung, weil dieser Gegenstand zu wichtig ist, um nur oberflächlich behandelt zu werden. Koch stimmt Anderwerth bei, weil man diesen Gegenstand schon während 14 Tagen berathen hat, und eine neue Berathung dem Vaterland viel Zeit wegnehmen könnte, die für andere Gegenstände von der größten Wichtigkeit wäre. Mellstab folgt Amman. Huber ist gleicher Meinung, weil ein vom Senat verworfener Beschluß kein Beschluß mehr ist. Desloes stimmt auch Amman bei, dessen Antrag angenommen wird. Thoren stimmt wohl dem Grundsatz dieses § bei, wünscht aber eine einfachere und deutlichere Abfassung desselben. Mellstab ist Custors Meinung, weil dieser § sonst leicht in Rücksicht der Staatsgüter ungerechte und für den Staat nachtheilige Folgen haben könnte: zudem glaubt er, soll hier der Armengüter gar nicht gedacht werden, weil er hofft, daß einst alle Armen in Helvetien nach einem gleichen Maasstab behandelt und unterstützt werden sollen: er will also einzig die Gemeindgüter hier anführen. Smür unterstützt Mellstab, und will also die Worte: erkaufte, ererbt und geschenkt, so wie auch die

Armengüter hier durchstreichen; denn sonst könnte leicht Staatsgut als Gemeindgut mit unterliegen. Graf ist auch überzeugt, daß wir hierüber nicht einreden können, bis man wisse, was Staatsgut und was Gemeindgut ist, indem gerade z. B. im Kanton Sentis sehr viel Gut als Gemeindgut angesprochen wird, welches eigentlich Staatsgut seyn sollte: er wünscht daher Vertagung bis über diese Hauptfrage entschieden ist. Schlumpf glaubt, man verstehe diesen § nicht hinlänglich, denn er bestimme gar nicht, daß das oder dieses Gut wirklich Gemeindgut seyn solle, sondern er habe nur Bezug auf die Person der Theilhaber, nicht aber auf die Gemeindgüter selbst: er stimmt also zum §. Erlacher folgt Smür, und widersezt sich Grafs Vertagung wegen dem zu langen Aufschub, der dadurch bewirkt wurde. Graf zieht seinen Antrag zurück, und vereinigt sich mit Smür. Desloes stimmt Schlumpf bei, und widersezt sich der Ausstreichung der Armengüter aus diesem §, weil dieses eine große Ungerechtigkeit wäre: er stimmt also ganz zum §. Gerwann stimmt ebenfalls zum §, weil derselbe ganz der Gerechtigkeit gemäß ist, und wie Schlumpf beweist, noch nicht über die Staatsgüter vorurtheilt. Anderwerth stimmt auch zum §, und bemerkt, daß in vielen Gemeinden, Gemeind- und Armengüter so innig mit einander vereinigt sind, daß ihre Trennung unmöglich wäre, und dann in Zukunft hierüber andere Verfügungen getroffen werden können: dagegen hofft er, werde auch der 10 § dieses Gutachtens angenommen. Koch bemerkt, daß es hier durchaus nur um Bestimmung von persönlichen Ansprüchen zu thun ist, und um Festsetzung des Begriffs der Personen, die auf die Gemeindgüter Anspruch haben, keineswegs aber um die Ansprache der Gemeinden auf die Gemeindgüter selbst; daher auch fallen alle Einwendungen, welche gegen diesen § gemacht wurden, von selbst weg, indem ja der § 2. hinlänglich beweist, daß hier noch keine Rede von Staatsgut sey; in Rücksicht der Armengüter ist zu bemerken, daß jedes Volk seine schwache Seite hat, und daß es unbändig wird, wann man es an derselben berührt: diese Seite unsers Volks ist die unbedingte Anhänglichkeit desselben an die Gemeind- und Armengüter: würden wir nun das Wort Armengut hier durchstreichen, so würde die größte Unruhe dadurch bei unsrem Volk entstehen, weil man glauben würde, sogleich dessen beraubt zu werden; zudem sind die meisten Armengüter durch freiwillige Zusammenschüsse entstanden, welche also durchaus nicht den Theilhabern derselben entzogen werden können, um allgemeine Armengüter daraus zu machen: aus allen diesen Rücksichten unterstützt er den §. als ganz zweckmäßig. Kellstab glaubt, wenigstens im Kanton Zürich erwarte man allgemein, daß die Armengüter zusammengeworfen werden, um alle armen Helvetier als gemeinschaftliche Brüder dem Einheits- und Gleichheitssystem zufolge, gleichmäßig zu unter-

stützen, und er begreift nicht, wie man ohne die Grundsätze der Constitution zu verlegen, die einen Armen reichlich unterhalten, die andern aber darben lassen könne.

Pellegrini fodert, daß auch noch das Verjährungsrecht dem Recht des Erbs, des Kaufs oder der Schenkung beigelegt werde. Huber bemerkt, daß Pellegrinis Antrag überflüssig ist, weil es hier nur um persönliche Ansprache an die Gemeindgüter, nicht aber um Bestimmung dessen zu thun ist, was Gemeindgut sey. Schoch stimmt Grafs Antrag bei, weil die Sache noch nicht reif genug ist, er will also nur bestimmen, daß jeder wohnen könne, wo er wolle, und daß kein Helvetier auf dem Bettelkaren in seine Gemeinde zurückgeführt werden müsse, wann er irgendwo verarmt: alles übrige findet er in diesem Gesetz überflüssig. Fizi erklärt sich für Kochs Meinung, und kann Kellstab durchaus nicht beistimmen. Erlacher ist gleicher Meinung, weil der Reiche nicht mit dem Liederlichen theilen soll. Das Gutachten wird angenommen.

Das Direktorium ertheilt Bericht über die zweckmäßige Erfüllung des Auftrags der Bürg. Graf und Vonderflühe in Rücksicht der neuen Organisation der ehemaligen piemontesischen Schweizer-Regimenter, und erklärt, daß diese beiden Volksrepräsentanten seinen Erwartungen gänzlich entsprochen haben: zugleich theilt es folgenden Traktat mit, der hierüber geschlossen wurde:

Konvention wegen der schweizerischen Truppen in Piemont.

Die Kommissaire der helvetischen Regierung zur Organisation der schweizerischen Truppen, in Diensten des ehemaligen Königs von Piemont, sind mit dem General Toubert, Oberanführer der französischen Armee in Italien, wegen folgender Artikel übereingekommen:

1. Als Grundlage der neuen Organisation der schweizerischen Regimenter, werden die Artikel des am 4. Decemb. 1798 zu Luzern, zwischen dem Minister der französischen Republik, Perrochel, und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der helvetischen Republik, Begoz, abgeschlossenen Traktats dienen.

2. Der Obergeneral verspricht, sich bei der piemontesischen Regierung zu verwenden, um die von der vorigen Regierung den schweizerischen Militärpersonen bewilligten Pensionen und Abschiedsgehälter zu sichern und zu erhalten.

3. Desgleichen wird der Obergeneral die piemontesische Regierung einladen, Abschiedsgehälter allen schweizerischen Militärpersonen anzuweisen, welche in Rücksicht auf ihr hohes Alter und ihre langen Dienste dazu berechtigt seyn werden.

Künftighin werden die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der helvetischen Hulfsarmee in Ansehung der